

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [#BargainForTheBudget: Kommission will EU-Budget das echten europäischen Mehrwert schafft](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [#BargainForTheBudget: Abgeordnete befürworten höheres EU-Budget](#) 4
- [EP-Ausschuss unterstützt schnellere und einfachere EU-weite Asylanträge](#) 4

##### Rat der Europäischen Union

- [Neues Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem](#) 5

##### Europäische Kommission

- [Vorschriften für konsularischen Schutz von EU-Bürgern treten in Kraft](#) 6
- [Kommission will künstliche Intelligenz fördern](#) 6
- [Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation im Internet](#) 7
- [Einsatz von drei bienenschädlichen Insektiziden im Freien wird verboten](#) 7
- [Pensionen: Bericht honoriert Anstrengungen der Mitgliedstaaten](#) 8
- [Höhere Standards bei Transparenz und Fairness bei Online-Plattformen](#) 8
- [Kommission schlägt Erleichterung des Datenzugangs für Forschungszwecke vor](#) 9

##### Sonstiges

- [EuGH zur Zulässigkeit konfessioneller Einstellungsvoraussetzungen](#) 10
- [Statistik der Woche: Immer mehr EuropäerInnen verfügen über tertiären Bildungsabschluss](#) 10

##### In eigener Sache

- [Verwaltungspraktikum im Tirol-Büro](#) 11

Laufende Konsultationen	12
Tagesordnungen der Institutionen	13
Impressum und Abbildungsverzeichnis	13

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45-47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## #BargainForTheBudget: Kommission will EU-Budget das echten europäischen Mehrwert schafft

Die Kommission hat am 2. Mai 2018 ihren lang erwarteten Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 vorgelegt.



Berechnet nach den zwei verschiedenen Methoden der EU-Ausgabenberechnung, bedeutet der Vorschlag eine Erhöhung des MFR auf 1,11 % (bisher: 1,03 %) des EU-27-Bruttonationaleinkommens (BNE) für rechtliche [Verpflichtungen](#) bzw. auf 1,08 % (bisher: 0,98 %) des BNE für im Laufe des Finanzrahmens zu leistende [Zahlungen](#). Durch die geplante Eingliederung des Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) in das Budget führt dies jedoch trotz des Wegfalls des Nettozahlers Großbritannien nur zu einer minimalen Erhöhung der nationalen Beiträge.

Das neue Budget sei deshalb „verantwortungsvoll und vernünftig“, meinte Kommissionspräsident Juncker bei der Vorstellung im Parlament. „Wären wir nämlich auf alle Wünsche der Mitgliedstaaten eingegangen und hätten diese zum bisherigen Haushalt addiert, wären wir bei 2 % des BNE“. EU-Haushaltskommissar Oettinger erklärte, das Ziel des Budgets sei es, die Bereiche Sicherheit, Forschung und Investitionen zu stärken, weil dort EU-

Programme eine größere Wirkung entfalten als die öffentlichen Ausgaben auf nationaler Ebene und somit ein echter europäischer Mehrwert erreicht werden könne.

Im Folgenden sind die Eckpunkte des Budgets einzeln aufgelistet:

**Weniger Programme:** Die Kommission plant die Anzahl der EU-Programme durch Zusammenlegung und Kürzungen von 58 auf 37 zu reduzieren, womit fragmentierte Finanzierungsquellen mobilisiert werden und das Budget einfacher und übersichtlicher werden soll.

**Mehr Investitionen:** Die Kommission will ein [Unterstützungsprogramm](#) für Reformen der Haushalte angehender Euro-Zonen-Mitglieder im Ausmaß von 26 Mrd. € einführen. Außerdem soll ein neuer Stabilisierungsfaktor in Höhe von 30 Mrd. € dafür sorgen, die Wirtschaft und die Beschäftigten bei starken wirtschaftlichen Schocks zu schützen.

**Schutz vor finanziellen Risiken:** Ein neuer [Mechanismus](#) soll den EU-Haushalt vor finanziellen Risiken schützen, die auf generelle Rechtsstaatlichkeitsdefizite in den Mitgliedstaaten zurückgehen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn würde das Instrument der Kommission die Möglichkeit eröffnen, den Zugang zu EU-Mitteln bei Verstößen zu beschränken oder ganz auszusetzen.

[Fortsetzung auf Seite 3](#)



# Thema der Woche

## #BargainForTheBudget: Kommission will EU-Budget das echten europäischen Mehrwert schafft

### [Fortsetzung von Seite 2](#)

**Weniger Geld für Agrar- und Regionalpolitik:** Die Agrarförderung ist derzeit mit 58 Mrd. € der größte Posten im EU-Budget. Es ist vorgesehen, die Direktzahlungen an LandwirtInnen um 4 % und die Gelder für die gesamte Agrarpolitik um 5 % zu kürzen. Diese Kürzung soll aber degressiv vorgenommen werden, sodass kleinstrukturierte Regionen wie Tirol wesentlich weniger davon betroffen sein werden als große Flächenlandwirtschaftsbetriebe. Die Regionalpolitikfonds sollen ebenfalls um 5 % weniger Geld erhalten, reichere Staaten wie Österreich jedoch weiterhin Zugang zu Regionalförderungen bekommen.

**Mehr Mittel für Bildung und Forschung:** Neben einer Steigerung des Forschungsbudgets um 60 % sollen im Bildungsbereich unter anderem die Mittel für das Programm Erasmus+, das Studierenden und PraktikantInnen Auslandsaufenthalte ermöglicht, um 50 % erhöht werden. Außerdem soll ein Gratis-Interrail-Ticket für junge Menschen finanziert werden, die es sich sonst nicht leisten könnten. Damit wird es diesen ermöglicht, die europäische Vielfalt an Sprachen und Kulturen besser kennenzulernen. So können die Möglichkeiten eines mobilen und offenen Europas erfahrbar gemacht werden.

**Abschaffung der Rabatte:** Die Kommission schlägt vor, das ursprünglich auf Betreiben Großbritanniens eingeführte Rabattsystem gänzlich abzuschaffen, um das Budget fairer und

transparenter zu machen. Zur Vermeidung plötzlicher und drastischer Erhöhungen der Beiträge sollen die Rabatte langsam über einen Zeitraum von 5 Jahren auslaufen.

**Neue Einnahmequellen:** Geplant ist unter anderem die EU an den [Einnahmen](#) aus dem CO<sub>2</sub>-Emissionshandel, der von den Mitgliedstaaten angeregten Reform der Unternehmensbesteuerung und einer Plastiksteuer teilhaben zu lassen aber auch bei den klassischen Einnahmequellen wie Zollabgaben Anpassungen vorzunehmen. Damit soll eine fairere Verteilung gewährleistet werden, die den neuen politischen Gegebenheiten gerecht wird und die nationalen Beiträge entlastet.

Die Vorstellung des Kommissionsvorschlags stellt den Beginn intensiver und langwieriger Verhandlungen der Mitgliedstaaten im Rat und dem Parlament dar. In den nächsten Wochen werden nach und nach die konkreten Gesetzesvorschläge für die einzelnen Budgetposten vorgestellt.

Während Deutschland und Frankreich sich schon im Vorfeld offen gezeigt haben, höhere Beiträge zu leisten, kamen von einigen kleineren Ländern bisher ablehnende Signale. Kommissionspräsident Juncker appellierte an die Mitgliedstaaten, eine Einigung noch vor den nächsten Europawahlen im Mai 2019 anzustreben.

[Mehr Informationen](#)

**#BargainForTheBudget:** Unter dem Hashtag #BargainForTheBudget informieren wir rund um die anstehenden Verhandlungen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der den Umfang des EU-Budgets für die Jahre 2021-2027 festlegt.



# Europäisches Parlament

## #BargainForTheBudget: Abgeordnete befürworten höheres EU-Budget

**In einer ersten Reaktion zeigten sich die Parlamentsabgeordneten zufrieden mit der Ausrichtung des Budgets, bemängelten aber fehlenden Ehrgeiz.**

Eine große Mehrheit der MEPs begrüßte die geplante Erhöhung des Budgets durch höhere nationale Beiträge als auch die Einführung neuer Einnahmequellen. Insbesondere der angestrebte Fokus auf Themen, die einen echten europäischen Mehrwert bringen, wie Forschung, Bildung ([Erasmus+](#)), Migration, Sicherheit und Klimawandel, stießen auf offene Ohren.

Auch der Vorschlag, EU-Mittel von Rechtsstaatlichkeitsdefiziten abhängig zu machen, wurde überwiegend positiv

aufgenommen. Skeptisch gesehen wurden die geplanten Kürzungen bei den Strukturförderungen und den Agrarhilfen. Einigen MEPs fehlten auch mutigere Vorschläge beim Kampf gegen soziale Ungleichheit und den Klimawandel.

Das Parlament wolle nun auf die konkreten Vorschläge zu den einzelnen Politikfeldern warten und dann in Verhandlungen mit dem Rat treten.

[Mehr Informationen](#)

## EP-Ausschuss unterstützt schnellere und einfachere EU- weite Asylanträge

**Am 30. April 2018 hat der Parlamentsausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres neue Regeln verabschiedet, die die Bearbeitung von Asylanträgen beschleunigen sollen.**

Die Bestimmungen sehen vor, dass Asylanträge innerhalb von drei Tagen registriert und innerhalb eines Monats geprüft werden müssen. Zentral dabei ist ein neuer Mechanismus, der vorsieht, dass bei verweigerter Kooperation von Asylsuchenden automatisch ein negativer Bescheid ausgestellt werden soll. Unter Verweigerung zur Kooperation fallen Fälle, in denen sich Asylsuchende weigern, ihre persönlichen Daten anzugeben, biometrische Daten zur Verfügung zu stellen oder den

Behörden nicht erlauben, ihre Dokumente zu prüfen.

Damit soll die Verfahrensdauer beschleunigt werden, sodass Asylschutz innerhalb von sechs Monaten und nur bei Ausnahmefällen innerhalb von neun Monaten gewährleistet werden kann. Außerdem wird Asylsuchenden das Recht auf ein persönliches Gespräch und kostenlosen Rechtsbeistand zugesprochen. Zusätzlich ist eine Stärkung der Schutzrechte von Kindern geplant.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Neues Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem

**Der Rat und das Parlament einigten sich am 25. April 2018 auf ein Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS) für den Schengenraum.**

ETIAS soll schon vor der Einreise von nicht-visumpflichtigen BürgerInnen aus Drittstaaten in den Schengenraum zum Einsatz kommen. Davon betroffene Reisende sollen in Zukunft einen kostenpflichtigen Online-Antrag einbringen, in welchem Auskünfte zu Identität, Aufenthaltsort, Kontaktdaten, Vorstrafen und Aufhalten in Krisengebieten angegeben werden müssen.

Nach Antragstellung sollen diese Angaben automatisch mit allen relevanten Datenbanken abgeglichen werden, worauf bei einwandfreien Daten eine automatische Einreisegenehmigung erteilt wird. Bei einem Treffer wird der Antrag an

die zuständigen Behörden zur manuellen Bearbeitung weitergeleitet. Die Erteilung einer Genehmigung oder die Ablehnung eines Antrags erfolgt spätestens 96 Stunden nach Einreichung und soll nur in Ausnahmefällen länger dauern.

ETIAS soll ab 2020 einsatzbereit sein und sämtliche See- und Flugreisegesellschaften dazu verpflichten, Personen aus Drittstaaten vorab bereits auf gültige Reisegenehmigungen zu überprüfen. Ab 2023 sollen auch Busreisegesellschaften unter das Gesetz fallen.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Vorschriften für konsularischen Schutz von EU-Bürgern treten in Kraft

**Ab dem 1. Mai 2018 haben EU-Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf konsularischen Beistand in jeder EU-Auslandsvertretung außerhalb der EU.**

In einem Drittland lebende oder in ein solches reisende Unionbürger können sich somit im Notfall an Konsulate oder Botschaften anderer EU-Mitgliedsländer wenden, wenn ihr Heimatland nicht in dem Drittland vertreten ist. Die Regeln legen auch fest, wie die Mitgliedstaaten

bei gemeinsamen Notfallplänen zusammenarbeiten sollen, damit nicht vertretene EU-BürgerInnen im Falle einer Krise oder einer Naturkatastrophe Schutz erhalten.

[Mehr Informationen](#)

## Kommission will künstliche Intelligenz fördern

**Am 25. April 2018 legte die Kommission ein umfassendes Konzept zur Förderung von künstlicher Intelligenz (KI) vor.**

Das Konzept umfasst drei Säulen: Erhöhung öffentlicher und privater Investitionen, Anpassung der Bildungssysteme an die veränderte Arbeitswelt sowie Gewährleistung eines geeigneten ethischen und rechtlichen Rahmens.

Investitionen in KI-Forschung und -Entwicklung im öffentlichen und privaten Sektor sollen bis Ende 2020 insgesamt um mindestens 20 Mrd. € steigen. Dafür werden schon in den nächsten zwei Jahren „[Horizon 2020](#)“-Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. € mobilisiert, womit zusätzliche Mittel bestehender öffentlich-privater Partnerschaften in Höhe von 2,5 Mrd. € generiert werden sollen.

Um die Anpassung der Ausbildungssysteme und den Ausbau der digitalen Fähigkeiten von zukünftigen ArbeitnehmerInnen zu fördern, sollen Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds bereitgestellt und im nächsten EU-Finanzrahmen 2021-2027 zusätzlich erhöht werden.

Die neuen ethischen Leitlinien für die KI-Entwicklung sollen bis Ende 2018 gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren aus Industrie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet werden.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation im Internet

**Die Kommission hat am 26. April 2018 eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Desinformation im Internet vorgeschlagen.**

Unter den Vorschlägen befinden sich ein unionsweiter Verhaltenskodex, die Unterstützung eines unabhängigen Netzes von Faktenprüfern und mehrere Maßnahmen zur Förderung von Qualitätsjournalismus und Medienkompetenz.

Der Verhaltenskodex soll insbesondere die Transparenz bei gesponserten Inhalten wie politischer Werbung steigern, größere Klarheit über die Funktionsweise von Algorithmen bringen und die Bekämpfung von automatisierten „Bots“ erleichtern.

Zusätzlich sollen ein unabhängiges europäisches Netz von Faktenprüfern inklusive einer sicheren europäischen Online-Plattform mit Zugang zu unionsweiten Daten geschaffen, Bildungseinrichtungen bei der Vermittlung von Medienkompetenz geholfen und die Mitgliedstaaten bei der Absicherung von Wahlen gegen zunehmend komplexe Cyberbedrohungen unterstützt werden.

[Mehr Informationen](#)

## Einsatz von drei bienenschädlichen Insektiziden im Freien wird verboten

**Am 27. April 2018 haben die VertreterInnen der Mitgliedstaaten einen entsprechenden Vorschlag der Kommission angenommen.**

Künftig dürfen die drei Insektiziden (Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam) nicht mehr im Freien verwendet werden. In

Gewächshäusern sind sie nur erlaubt, wenn kein Kontakt mit Bienen zu erwarten ist.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Pensionen: Bericht honoriert Anstrengungen der Mitgliedstaaten

Im dem am 30. April 2018 von der Kommission veröffentlichten [Bericht](#) zur Angemessenheit der Pensionshöhe wurde untersucht, wie die derzeitigen und künftigen Pensionen dazu beitragen, Altersarmut zu verhindern.

Heute sind 1,9 Mio. weniger Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht als noch vor zehn Jahren. Außerdem ist die Zahl der älteren ArbeitnehmerInnen allein in den letzten drei Jahren um 4,1 Mio. gestiegen. Trotzdem sind heute immer noch etwa 17,3 Mio. (18,2 %) ältere Menschen (ab 65 Jahren) in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dieser Anteil ist seit 2013 nahezu unverändert geblieben.

Außerdem bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen. So sind die Pensionen von Frauen nach wie vor 37 % niedriger als jene von Männern, was auf niedrigere Gehälter und ein kürzeres Erwerbsleben aufgrund von Betreu-

ungs- und Pflegeaufgaben zurückzuführen ist. Bemerkenswert ist zudem, dass mehr als die Hälfte aller älteren Menschen in der EU, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, über 75 Jahre alt sind.

Trotz des positiven Trends der letzten Jahre sieht der Bericht weiterhin viel Reformbedarf. Als besonders wichtig wurden Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit, des lebenslangen Lernens, eine Anpassung des Pensionsantrittsalters, flexiblere Arbeitsbedingungen und steuerliche Anreize zum späteren Eintritt in den Ruhestand genannt.

[Mehr Informationen](#)

## Höhere Standards bei Transparenz und Fairness bei Online-Plattformen

Am 26. April 2018 hat die Kommission neue Standards für Transparenz und Fairness bei Online-Plattformen wie Buchungswebsites, Online-Marktplätzen und Suchmaschinen vorgeschlagen.

Ziel der neuen Bestimmungen ist die Schaffung eines fairen, transparenten Geschäftsumfelds für kleinere Unternehmen und Händler, die für den Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit Online-Plattformen nutzen. Dazu gehören eine Vereinfachung der Geschäftsbedingungen, die Einführung von angemessenen Mindestankündigungsfristen, mehr Transparenz bei

Meistbegünstigungsklauseln, und eine wirksamere außergerichtliche Streitbeilegung.

Hintergrund sind die laut [Studien](#) und Umfragen von vielen auf Plattformen tätigen kleinen und mittleren Unternehmen monierten vertraglichen Probleme, die zu direkten Verkaufseinbußen in Milliardenhöhe führen.

[Mehr Informationen](#)





# Europäische Kommission

## Kommission schlägt Erleichterung des Datenzugangs für Forschungszwecke vor

**Die Kommission hat am 25. April 2018 eine Reihe neuer Initiativen zum digitalen Binnenmarkt vorgelegt, die den Zugang zu Daten für Forschungszwecke erleichtern sollen.**

Die Vorschläge stützen sich auf die Datenschutz-Grundverordnung, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten wird. In Zukunft sollen die Daten des öffentlichen Sektors besser zugänglich und verwendbar sein. Das Ziel ist, die Möglichkeit zur gemeinsamen europaweiten Nutzung der Daten schon dieses Jahr zu gewährleisten.

Die Vorschläge erleichtern insbesondere die bessere Zugänglichkeit zu Daten von öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen. Zudem

erleichtern sie die Weiterverwendung offener Forschungsdaten, die aus öffentlich geförderten Arbeiten stammen, und verpflichten die Mitgliedstaaten zur Verfolgung einer Politik des offenen Zugangs. Auch die gemeinsame Nutzung von Daten des Privatsektors zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Behörden soll ausgebaut werden.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## EuGH zur Zulässigkeit konfessioneller Einstellungsvoraussetzungen

In seinem [Urteil](#) vom 17. April 2018 entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Zugehörigkeit zu der jeweiligen Konfession nicht in jedem Fall als wesentliche Voraussetzung für die Einstellung eines Bewerbers in einer konfessionellen Organisation herangezogen werden darf.

Entscheidend ist die Frage, wie das Recht auf Autonomie der Kirchen und das Recht der ArbeitnehmerInnen, bei der Einstellung nicht diskriminiert zu werden, ausgeglichen werden sollen. BewerberInnen dürfen demnach nicht aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung im Bewerbungsprozess ausgeschlossen werden, außer die Zugehörigkeit zu der jeweiligen Konfession stellt eine wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte Anforderung angesichts des Ethos der Organisation dar.

Prinzipiell könnten demnach kirchliche Einrichtungen immer noch von Stellenbewerbern die Konfessionszugehörigkeit verlangen. Sie müssten nun aber nachvollziehbar - und im Klagefall auch vor Gericht - begründen können, warum die Zugehörigkeit im jeweiligen Fall wesentlich ist und warum diese Anforderung verhältnismäßig ist.

[Mehr Informationen](#)

## Statistik der Woche: Immer mehr EuropäerInnen verfügen über tertiären Bildungsabschluss

Laut neuesten Eurostat-Daten verfügten im Jahr 2017 39,9 % über einen tertiären Bildungsabschluss.

Damit hat die EU ein wichtiges Bildungsziel fast erreicht: Eines der Ziele der Kommission sieht vor, dass bis 2020 mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen in der EU über einen tertiären Bildungsabschluss verfügen.

Dieser Anteil ist in der EU kontinuierlich angestiegen, und zwar von 23,6 % im Jahr 2002, dem Beginn der Zeitreihe, auf nun 39,9 % im Jahr 2017. Österreich hat mit über 40 % sein Ziel bereits erreicht.

[Mehr Informationen](#)



# In eigener Sache

## Verwaltungspraktikum im Tirol-Büro

Interessierte können sich für ein einjähriges, vergütetes Verwaltungspraktikum im Tirol-Büro (Beginn: 1. September 2018) bewerben.

Bewerbungen sind direkt an die Abteilung [Organisation & Personal](#) der Tiroler Landesregierung zu richten. Die erforderlichen Formulare dafür sind [hier](#) abrufbar. Wir bitten

darum, entsprechende Bewerbungen in Kopie an [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu) zu senden. Bei Fragen können Sie gerne mit uns Kontakt aufnehmen.

[Mehr Informationen](#)



# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## [Öffentliche Konsultation zur Bewertung des 7. Umweltaktionsprogramms](#)

Umwelt und Klimaschutz  
3. Mai 2018 - 26. Juli 2018

## [Öffentliche Konsultation zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt](#)

Beschäftigung und Soziales  
2. Mai 2018 - 31. Juli 2018

## [Studie zur Unterstützung der Bewertung des Gebührensystems der Europäischen Arzneimittel-Agentur](#)

Öffentliches Gesundheitswesen  
2. Mai 2018 - 2. August 2018

## [Öffentliche Konsultation über Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft  
30. April 2018 - 25. Juni 2018

## [Öffentliche Konsultation zur offenen Methode der Koordinierung für die Aquakultur in der EU](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei  
26. April 2018 - 20. Juli 2018

## [Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung](#)

Umwelt  
23. April 2018 - 23. Juli 2018

## [Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Werkzeugmaschinen und Schweißgeräten](#)

Binnenmarkt, Energie, Unternehmen und Industrie  
16. April 2018 - 10. Juli 2018

## [Öffentliche Konsultation zu Drohnen \(unbemannte Luftfahrzeuge\) – technische Normen für Drohnen als Produkt sowie Bedingungen für den Drohnenbetrieb](#)

Nicht zugeordnet  
13. April 2018 - 9. Juli 2018



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Michael Jennewein, B.A.

### Abbildungsverzeichnis

Seite 2: <https://www.pexels.com/de/foto/geld-banknoten-kasse-euro-63635/>